



Frau Bundeskanzlerin

Ergebnisse aus der Meinungsforschung

01. März 2019

Wochenbericht KW 9

forsa | Emnid | GMS | infratest dimap

Wähleranteile:	Union zwischen 31 % und 29 %, SPD bei 18 % bzw. 16 % Grüne zwischen 20 % und 16 %, AfD bei 14 % bzw. 12 %
Allgemeine Lebenslage:	Mehrheit sieht Entwicklung im Land negativ Weiterhin hohe Zufriedenheit mit der Lebensqualität in Deutschland, gleichzeitig deutliche Unzufriedenheit mit der Versorgung von Pflegebedürftigen und der Sicherung der Altersversorgung
Thema Bundesregierung:	Rentenpolitik
Diesel:	Bürger sehen eher keine Fortschritte bei der Begrenzung der Luftverschmutzung Sorge um Gesundheitsrisiken nimmt zu Mehrheit hält Fahrverbote in deutschen Städten für übertrieben
Wichtigstes Thema:	Debatte um EU-Austritt Großbritanniens/Brexit

Steffen Seibert

Wähleranteile

Angaben in Prozent

	forsa für RTL/n-tv	Emnid¹ für BamS	GMS²
CDU/CSU	30 (+1)	29 (-)	31 (-)
SPD	16 (-1)	18 (-1)	16 (+2)
FDP	9 (-1)	8 (-1)	9 (-1)
DIE LINKE	7 (+1)	10 (+1)	9 (-)
B'90/Grüne	20 (-1)	16 (-)	18 (-1)
AfD	12 (-)	14 (+1)	14 (+1)
Sonstige	6 (+1)	5 (-)	3 (-1)
Erhebungszeitraum	18.-22.02.	21.-27.02.	21.-27.02.

Die Union liegt bei GMS 15 (-2), bei forsa 14 (+2) und bei Emnid 11 (+1) Prozentpunkte vor der SPD.

Kanzlerpräferenz

Angaben in Prozent

	forsa für RTL/n-tv
Kramp-Karrenbauer	45 (-1)
Nahles	13 (-1)
Kramp-Karrenbauer	40 (-1)
Scholz	20 (-1)
Erhebungszeitraum	18.-22.02.

Annegret Kramp-Karrenbauer liegt bei der Kanzlerpräferenz 32 (-) Prozentpunkte vor Andrea Nahles und 20 (-) Prozentpunkte vor Olaf Scholz.

¹ Sperrfrist bis zur Veröffentlichung in der Bild am Sonntag (03.03.2019)

² im Vergleich zur KW 4

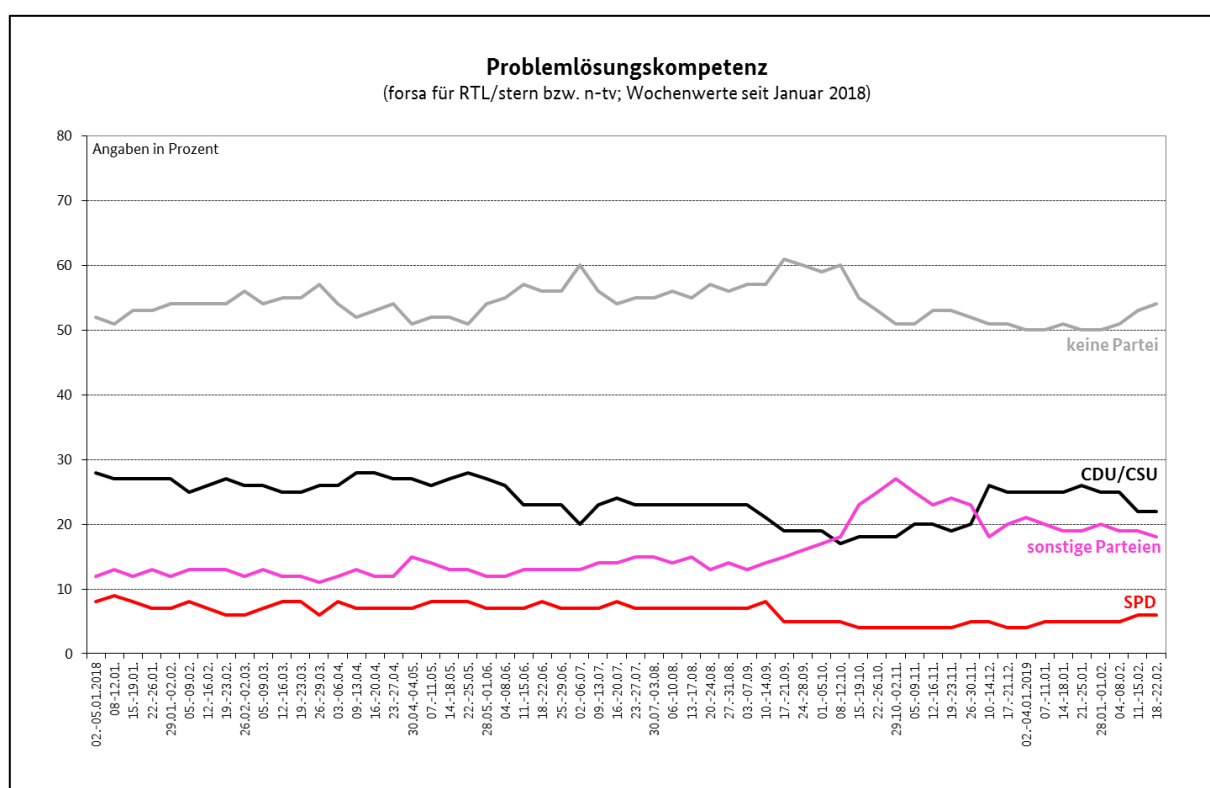
Problemlösungskompetenz

Angaben in Prozent

	forsa für RTL/n-tv	
CDU/CSU	22	(-)
SPD	6	(-)
sonstige Parteien	18	(-1)
keine Partei	54	(+1)
Erhebungszeitraum	18.-22.02.	

Bei der politischen Kompetenz, die gegenwärtigen Probleme in Deutschland zu lösen, liegt die Union 16 (-) Prozentpunkte vor der SPD.

54 % (+1) trauen die Lösung der Probleme keiner Partei zu.



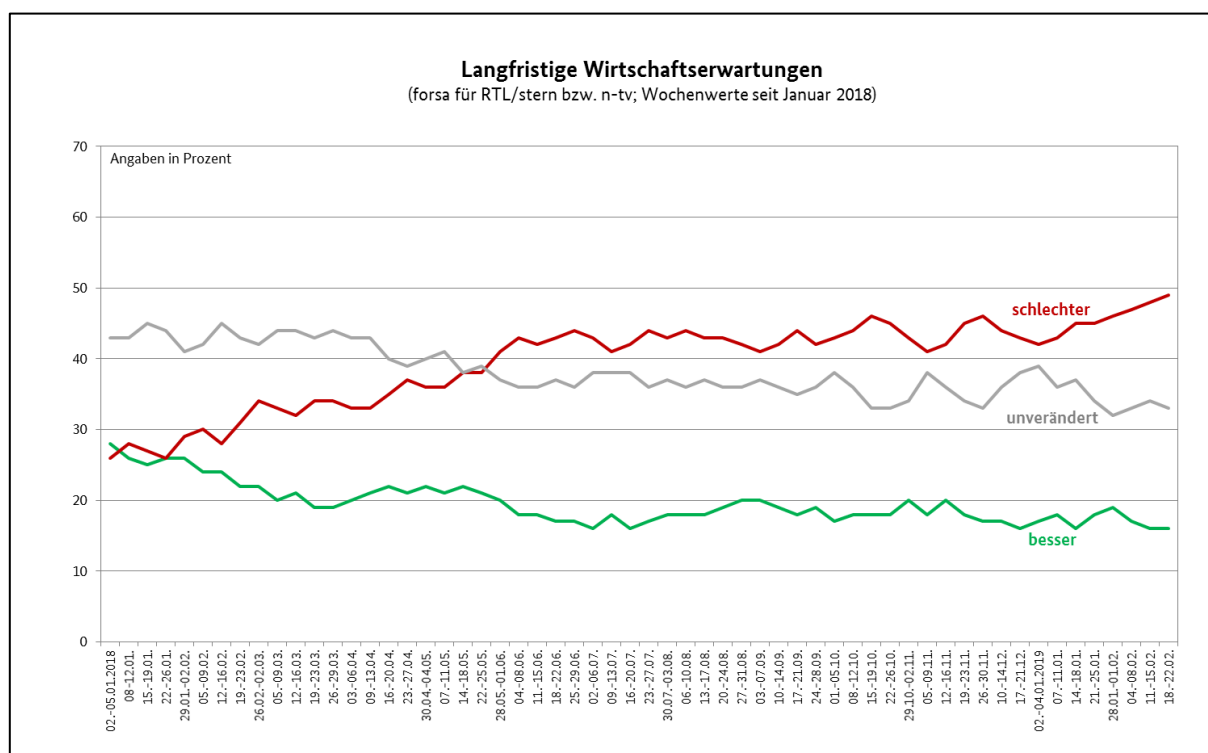
Langfristige Erwartungen für die Wirtschaft

Angaben in Prozent

	forsa für RTL/n-tv	
besser	16	(-)
schlechter	49	(+1)
unverändert	33	(-1)
Erhebungszeitraum	18.-22.02.	

Die langfristigen Wirtschaftserwartungen haben sich im Vergleich zur Vorwoche so gut wie nicht verändert.

Der Anteil der Bevölkerung, der mit einer Verschlechterung der wirtschaftlichen Verhältnisse in Deutschland in den kommenden Jahren rechnet, liegt um 33 (+1) Prozentpunkte höher als der Anteil, der von einer Verbesserung ausgeht.



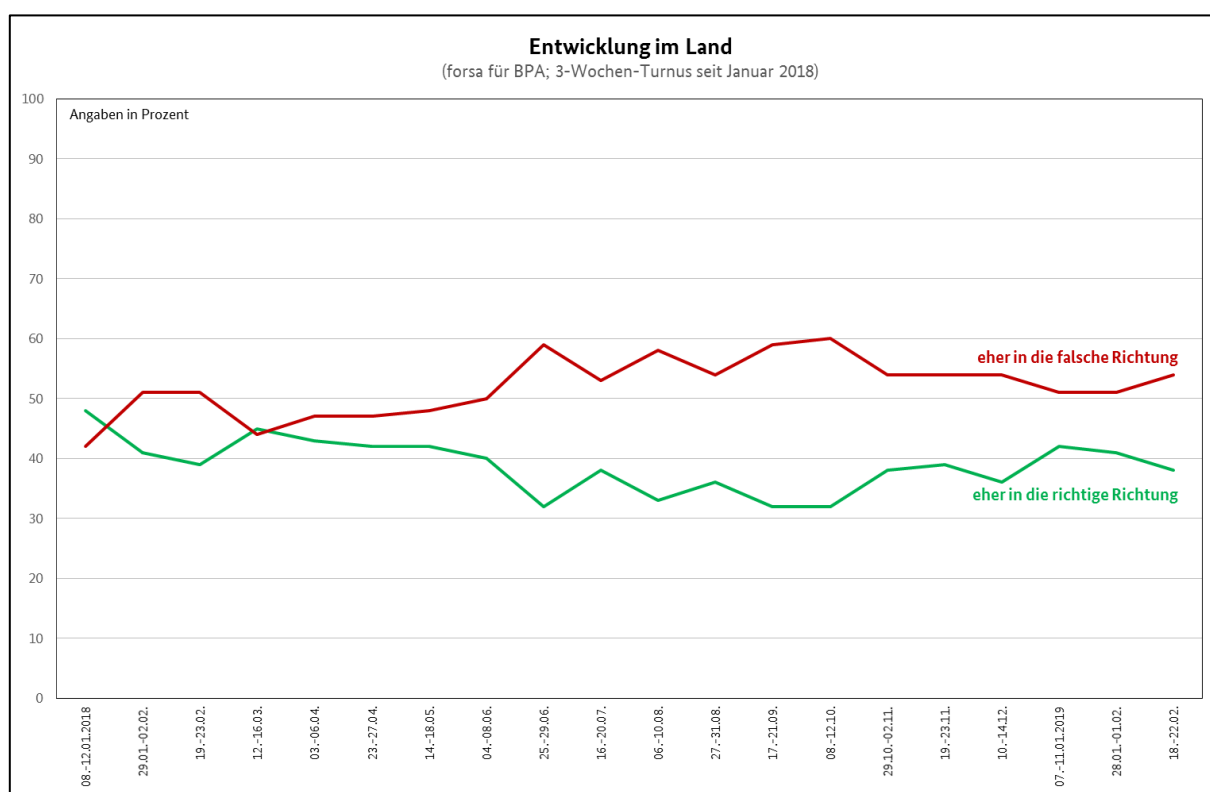
Entwicklung im Land

Angaben in Prozent, im Vergleich zur KW 6

Die Dinge entwickeln sich ...	forsa für BPA
eher in die richtige Richtung	38 (-3)
eher in die falsche Richtung	54 (+3)
Erhebungszeitraum	18.-22.02.

Unter 30-Jährige (44 %) sowie Anhänger der Union (54 %), der SPD (48 %), der Grünen (43 %) und der FDP (42 %) sind überdurchschnittlich oft der Meinung, dass die Entwicklung im Land eher in die richtige Richtung geht.

Für 45- bis 59-Jährige (62 %) und Personen mit einfacher bzw. mittlerer formaler Bildung (59 %) sowie für Anhänger der AfD (94 %) und der Linkspartei (62 %) geht die Entwicklung überdurchschnittlich oft eher in die falsche Richtung.



Zufriedenheit in Lebens- und Problembereichen

forsa für BPA, Angaben in Prozent, im Vergleich zur KW 6

Wie zufrieden sind Sie mit der/dem ...?	(sehr) zufrieden	weniger bzw. gar nicht zufrieden
Lebensqualität in Deutschland	85 (+1)	15 (-1)
Lage am Arbeitsmarkt	71 (+1)	24 (-1)
Schutz vor Gewalt und Kriminalität	50 (+1)	49 (-1)
Finanzlage der öffentlichen Haushalte	41 (-1)	50 (+3)
Schul- und Bildungssystem in Deutschland	38 (+2)	59 (-2)
Umgang mit Flüchtlingen und Asylbewerbern	33 (-)	62 (+1)
Integration von Zuwanderern und Ausländern	32 (-)	63 (-1)
Ausmaß sozialer Gerechtigkeit	32 (-)	66 (-)
Sicherung der Altersversorgung in Deutschland	26 (-2)	72 (+3)
Versorgung von Pflegebedürftigen in Deutschland	20 (-1)	75 (-1)
Erhebungszeitraum	18. - 22.02.	

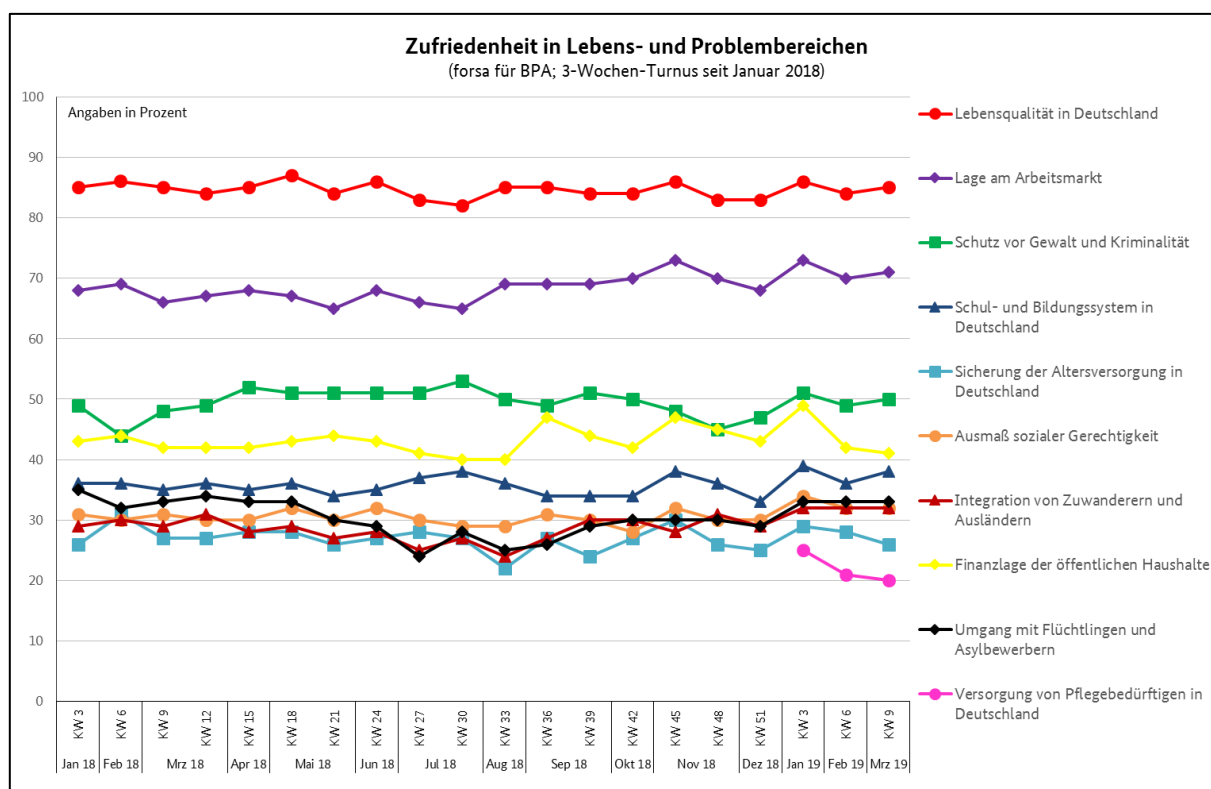
Jeweils eine Mehrheit der Bundesbürger in Deutschland zeigt sich mit der Lebensqualität (85 %) und der Lage am Arbeitsmarkt (71 %) zufrieden oder sehr zufrieden. In sieben von zehn Bereichen ist mindestens die Hälfte der Bevölkerung hingegen weniger bzw. gar nicht zufrieden.

Die Anhänger aller Parteien außer der AfD sind überdurchschnittlich oft (sehr) zufrieden mit dem Schutz vor Gewalt und Kriminalität (Grüne: 73 %, FDP: 64 %, Linkspartei: 61 %, SPD: 55 %, Union: 54 %, AfD: 10 %). Unter 30-Jährige sind häufiger (sehr) zufrieden als über 60-Jährige (63 % zu 43 %), Personen mit hoher formaler Bildung häufiger als Personen mit einfacher formaler Bildung (61 % zu 29 %) und Gutverdiener häufiger als Gering- bzw. Mittelverdiener (56 % zu 46 %). Ostdeutsche (58 %) sind überdurchschnittlich oft weniger bzw. gar nicht zufrieden.

Unter 30-Jährige (53 %) sowie Anhänger der Union (50 %), der FDP und der Grünen (jew. 48 %) sind überdurchschnittlich oft (sehr) zufrieden mit der Finanzlage der öffentlichen Haushalte. Personen mit hoher formaler Bildung sind häufiger (sehr) zufrieden als Personen mit einfacher formaler Bildung (46 % zu 29 %). 30- bis 59-Jährige (57 %) und Geringverdiener (55 %) sowie Anhänger der AfD (64 %) und der Linkspartei (59 %) sind überdurchschnittlich oft weniger bzw. gar nicht zufrieden.

Personen mit mittlerer formaler Bildung (78 %) und 30- bis 59-Jährige (77 %) sowie Anhänger der AfD (82 %) und der Linkspartei (80 %) sind besonders oft unzufrieden mit der Sicherung der Altersversorgung.

45- bis 59-Jährige und Gutverdiener (jew. 80 %) sowie Anhänger der AfD (86 %) und der Grünen (82 %) sind überdurchschnittlich oft unzufrieden mit der Versorgung von Pflegebedürftigen.

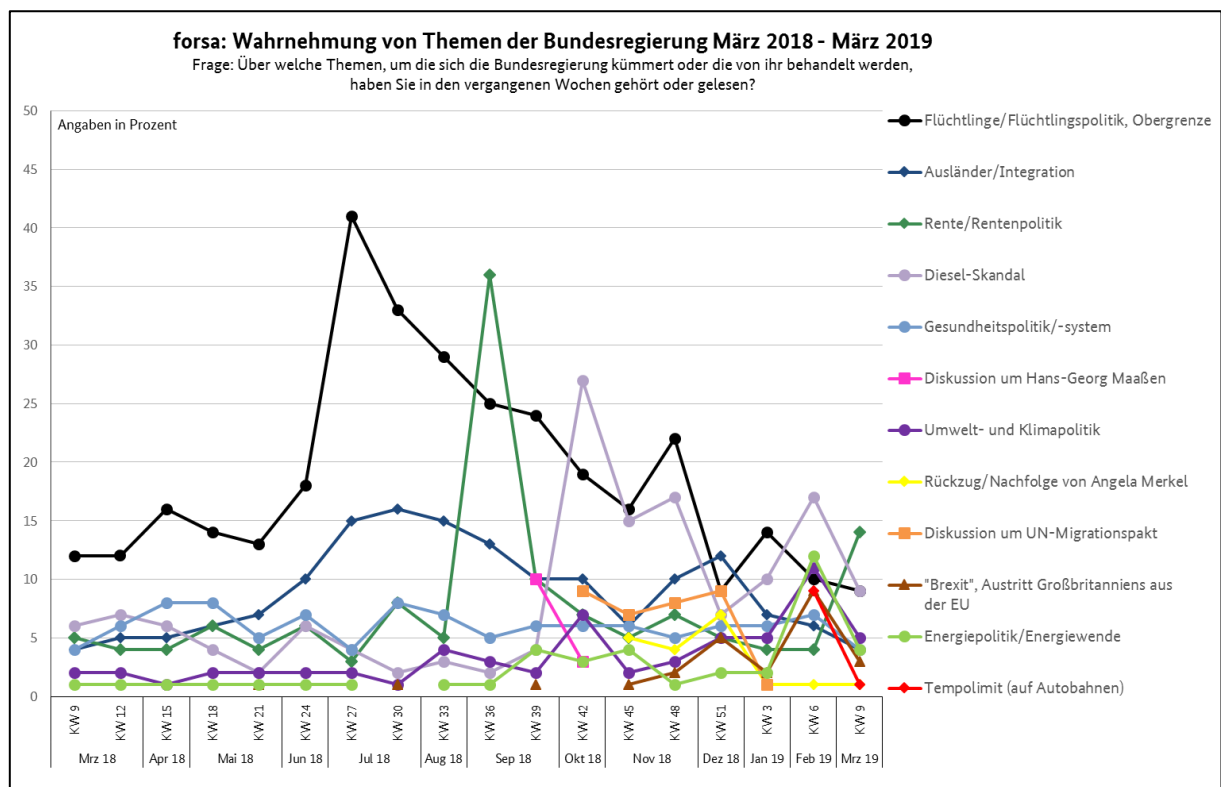


Wahrnehmung von Themen der Bundesregierung

Angaben in Prozent, im Vergleich zur KW 6

	forsa für BPA
Rente/Rentenpolitik	14 (+10)
Flüchtlinge/Flüchtlingspolitik, Obergrenze	9 (-1)
Diesel-Skandal	9 (-8)
Umwelt- und Klimapolitik	5 (-6)
Erhebungszeitraum	18.-22.02.

Die Rentenpolitik ist das Thema, das die Deutschen in den vergangenen Wochen von der Bundesregierung am ehesten wahrgenommen haben. Überdurchschnittlich häufig wird es von Anhängern der SPD, der AfD und der FDP (jew. 21 %) genannt. Über 60-Jährige nennen die Rentenpolitik häufiger als unter 30-Jährige (23 % zu 5 %).



Kommt die Bundesregierung bei der Begrenzung der Luftverschmutzung durch Dieselaautos ...?

Angaben in Prozent, im Vergleich zur KW 5

	Emnid für BPA	
eher voran	16	(+6)
eher nicht voran	75	(-6)
Erhebungszeitraum	20.-21.02.	

Ostdeutsche (21 %) sind überdurchschnittlich oft der Meinung, dass die Bundesregierung bei der Begrenzung der Luftverschmutzung durch Dieselaautos eher vorankommt. Unter 50-Jährige sind eher dieser Meinung als über 50-Jährige (23 % zu 9 %).

Hingegen meinen Anhänger der Linkspartei (91 %), der AfD (83 %), der Grünen (81 %) und der SPD (80 %), dass die Bundesregierung bei der Begrenzung der Luftverschmutzung eher nicht vorankommt.

Halten Sie gesundheitliche Gefahren an Ihrem Wohnort durch ältere Dieselaautos für ...?

Angaben in Prozent, im Vergleich zur KW 5

	Emnid für BPA	
groß	12	(+3)
eher groß	13	(+5)
eher gering	35	(+4)
gering	38	(-12)
Erhebungszeitraum	20.-21.02.	

Unter 30-Jährige (32 %) sowie Anhänger der Grünen (47 %) und der Linkspartei (36 %) halten die gesundheitlichen Gefahren überdurchschnittlich oft für groß bzw. eher groß.

Hingegen halten Personen mit mittlerer formaler Bildung (80 %), 50- bis 59-Jährige (79 %) und 30- bis 39-Jährige (78 %) sowie Anhänger der AfD (82 %) die Gesundheitsrisiken überdurchschnittlich häufig für (eher) gering.

Halten Sie drohende Fahrverbote in deutschen Städten für ...?

Angaben in Prozent, im Vergleich zur KW 5

	Emnid für BPA	
gerechtfertigt	34	(+3)
übertrieben	63	(-2)
Erhebungszeitraum	20.-21.02.	

Unter 30-Jährige (46 %) und Personen mit hoher formaler Bildung (40 %) sowie Anhänger der Grünen (70 %) halten die drohenden Fahrverbote in deutschen Städten überdurchschnittlich oft für gerechtfertigt. Frauen sind eher dieser Meinung als Männer (39 % zu 28 %).

Hingegen halten 50- bis 59-Jährige (76 %) und Personen mit mittlerer formaler Bildung (75 %) sowie Anhänger der AfD (79 %) und der Union (70 %) die Fahrverbote überdurchschnittlich häufig für übertrieben.

Wichtigste Themen

Angaben in Prozent

	infratest dimap für BPA
Debatte um EU-Austritt Großbritanniens/Brexit	17 (+10)
Flüchtlinge, Ausländer in Deutschland/Zuwanderungs-, Asylpolitik/Abschiebungen	10 (-)
Rentenpolitik/Altersvorsorge, Debatte um Grundrente	8 (-4)
US-Präsidentschaft Donald Trump (allgemein, Mauerbau, Ausrufung des Notstands)	7 (-10)
Sexueller Missbrauch in katholischer Kirche, Antimissbrauchsgipfel im Vatikan	6 (neu)
Abgas- bzw. Dieselskandal/Diskussion um Fahrverbote in Innenstädten	5 (-4)
Erhebungszeitraum	26.-27.02.

Die Bundesbürger beschäftigen sich in dieser Woche am meisten mit der Debatte um den EU-Austritt Großbritanniens. Überdurchschnittlich häufig sehen Anhänger der Union (25 %), der Linkspartei (23 %) und der Grünen (22 %) dieses Thema als das wichtigste der Woche an. Geringverdiener (8 %) und unter 35-Jährige (11 %) beschäftigen sich unterdurchschnittlich oft damit.

Anhänger der AfD (28 %) erwähnen das Thema "Flüchtlinge, Ausländer in Deutschland/Zuwanderungs- und Asylpolitik/Abschiebungen" besonders häufig. Anhänger der Linkspartei (4 %) und der Grünen (5 %) nennen es unterdurchschnittlich oft.

